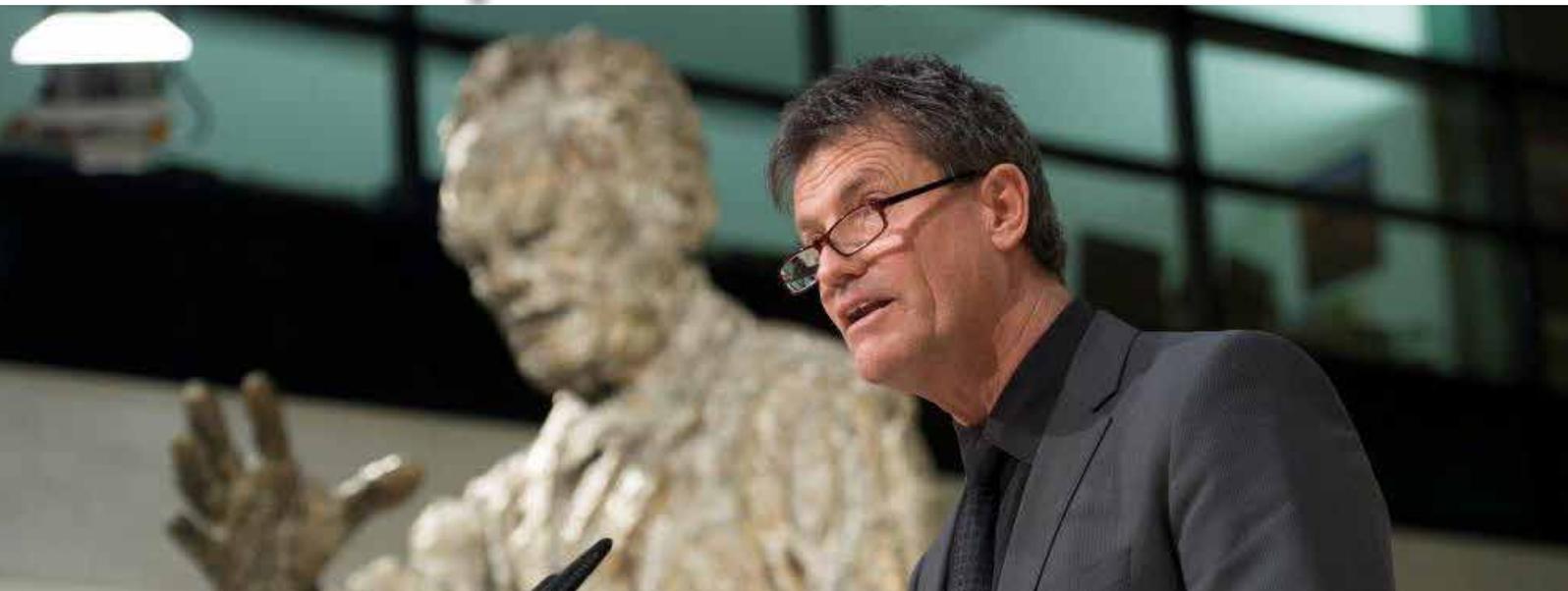




Spree^{rh} einblick



Liebe Genossinnen und Genossen,

nach viel zu langer Zeit ist nun der normale Parlamentsbetrieb angelaufen. In meiner neuen Funktion als sportpolitischer Sprecher bin ich gut angekommen. Mit dieser Aufgabe sind jedoch einige zusätzliche Termine in Berlin, aber auch im In- und Ausland verbunden. Ich bin dadurch im Fraktionsvorstand, und in Folge nehme ich an drei Koordinierungsrunden pro Woche teil.

Auch im Bereich Sport müssen wir, wie in allen anderen politischen Feldern, klar als Sozialdemokraten zu erkennen sein. Aus diesem Grund habe ich im Gespräch mit unserem Haushaltspolitischen Sprecher und dem Generalsekretär Lars Klingbeil, eine Neuauflage der Sportstättenförderung gefordert. Hierbei sollen 100 Millionen im Haushalt eingestellt werden, von denen die Kommunen und die Sportvereine profitieren würden. Weiterhin ist meine Forderung, diejenigen Vereine durch ein Infrastrukturprogramm zu unterstützen, die in Sozialen Brennpunkten aktiv sind. Häufig sind diese Vereine zwar die einzigen, die Jugendarbeit leisten, können aber keine zeitgemäßen Sportstätten nutzen. Ich denke, beide Vorschläge könnten Benachteiligungen im sportlichen Bereich ausgleichen.

In Sachen Bahnlärm hat sich die Parlamentarier - Gruppe konstituiert und wird ihre Arbeit fortsetzen. Hierzu habe ich ein Eckpunktepapier entwickelt, das so übernommen wurde und nun möglichst zeitnah umgesetzt werden soll. Mit unserem Berichterstatter Gustav Herzog ist bereits ein Termin zu diesem Thema im Rhein-Lahnkreis vereinbart. Nach langem Ringen ist im Koalitionsvertrag endlich auch die Machbarkeitsstudie für eine Alternativtrasse aufgeführt.

Im Wahlkreis gab es wieder etliche Einzelfälle, denen ich mit Hilfe meines Büros helfen konnte. Hier ging es um Asylfragen, Wohnungssuche oder Arbeitsvermittlung. Meine langjährigen Kontakte sind da eine große Hilfe.

In Koblenz haben wir, auch im Hinblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr, mit der Erneuerung, manche nennen es auch Rückbesinnung, unserer Partei begonnen. Eine Klausur fand schon statt, eine nächste wird folgen. Deutlich wurden hierbei die vielfältigen Kompetenzen in unseren Reihen, die wir in der nächsten Zeit aber auch verdeutlichen und für die Menschen erkennbar einsetzen müssen.

Noch etwas in rein Koblenzer Sache (obwohl hier auch ein deutliches Zeichen in die Region gesendet wurde): Am 01. Mai wird David Langner offiziell Oberbürgermeister unserer schönen Stadt. Eine tolle Aufgabe, mit der viele Herausforderungen auf ihn warten. Ich bin stolz, dass wir mit David einen engagierten Mann in dieser Position haben, und ich garantiere ihm meine volle Unterstützung. Wir beide waren in der Vergangenheit ein super Team und werden es auch in der Zukunft bleiben. Glück auf und Gottes Segen für die kommende Zeit.

Gleichzeitig danke ich Joachim Hofmann-Göttig für seine herausragende Arbeit als Oberbürgermeister! Er hat viele Projekte auf den oft nicht einfachen Weg gebracht oder realisiert. Endlich wurde wieder ein ausgeglichener Haushalt präsentiert! Mit großer Kompetenz, Leitung und gleichzeitig mit großem Humor hat er sein Amt im Sinne unserer Stadt ausgeübt. Jo, das war Klasse! Für die kommenden Jahre wünsche ich dir Gesundheit, mehr Zeit für Familie und Hobbys! Behalte auch weiterhin deinen unschlagbaren Humor, der trägt Dich durch viele Situationen! Dir und Deinen Lieben alles Gute.

Liebe Genossinnen und Genossen, unsere Partei soll jünger, bunter und weiblicher werden! Macht mit bei diesem Prozess, redet optimistisch über unsere Erfolge und lasst uns vor allem gemeinsam an der Zukunft unserer Partei und unserer Gesellschaft arbeiten.

Euer Detlev



Die interfraktionelle Parlamentsgruppe „Bahnlärm“ hat sich in der 19. Legislaturperiode neu konstituiert

In der vergangenen Legislaturperiode hatte sich die Parlamentsgruppe „Bahnlärm“ erstmals gegründet, um das Anliegen der vom Bahnlärm Betroffenen mit Nachdruck ins Parlament zu tragen und gesetzliche Regelungen voranzubringen. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir auch in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags fortsetzen.

Unsere Kernforderung bleibt die deutliche Reduzierung des Bahnlärms. Nachdem die gesetzlichen Weichen gestellt wurden, um der Halbierung des Bahnlärms bis 2020 Nachdruck zu verleihen, müssen auch über das Jahr 2020 Perspektiven entwickelt werden. Wenn die Bahn bei der Mobilität der Zukunft eine größere Rolle spielen soll, bleibt der Lärmschutz eine Daueraufgabe.

Am Donnerstagabend, den 19. April 2018 hat sich die Parlamentsgruppe erneut konstituiert. Schon jetzt haben sich fast 100 Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen in unserer Parlamentsgruppe zusammengefunden.

Wir sind nicht gegen die Bahn! Im Gegenteil: Sie ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Aber wir fordern, dass die Bahn schneller leiser wird, insbesondere im Schienengüterverkehr. Nur eine leisere Bahn wird von den Menschen akzeptiert.

Denn Bahnlärm macht krank und beeinträchtigt in hohem Maße die Lebensqualität: die Folgen für Gesundheit, Immobilienwerte, Tourismus und andere Wirtschaftszweige sind zum Teil dramatisch.

Wir wollen deshalb im Dialog mit der Bundesregierung, der Deutschen Bahn AG, den privaten Waggonbesitzern, den Bürgerinitiativen und der Wissenschaft weiterhin alle Hebel in Bewegung setzen, um signifikante Fortschritte beim Lärmschutz zu erreichen.

Ab 2020 müssen alle nicht umgerüsteten ausländischen und in Deutschland verkehrenden Güterwagen Geschwindigkeitsbeschränkungen - und notfalls Nachfahrverbote - einhalten. Laut Gesetz dürfen deutsche Wagenhalter mit nicht umgerüsteten Waggons ab 2020 nicht mehr verkehren. Wir setzen uns für das Verbot lauter Güterwagen auch auf EU-Ebene ein.

Bei Bahnlärm muss - wie bei allen Umweltbelastungen - das Verursacherprinzip greifen. Für Schallschutzmaßnahmen müssen aktuelle Maximalpegel - und nicht Durchschnittspegel - maßgebend sein. Erforderlich ist ferner eine Gesamtlärbetrachtung.

Der Güterverkehr soll zukünftig durch neue Trassen, Zugverdichtungen, Zugverlängerungen und die Digitalisierung deutliche Zuwachsraten erfahren und damit andere Verkehrsträger entlasten. Diese Entwicklung ist im Grundsatz zu begrüßen; sie darf jedoch nicht dazu führen, dass dies mit mehr Lärm für die Betroffenen einhergeht.

Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz und die Einhaltung der WHO-Grenzwerte zum Gesundheitsschutz von 40 dB(A) nachts, übergangsweise 55 dB(A). Bei der Bewertung von Kosten-/Nutzen-Analysen müssen zukünftig Folgekosten (auch Gesundheitskosten) eingepreist werden. Zudem muss die Umrüstung der Güterwagen auf lärmarme Verbundstoffbremssohlen beschleunigt werden. Alle verfügbaren Technologien zur Lärminderung am rollenden Material und am Gleis sind zügig zu implementieren. Das beinhaltet auch die Erweiterung des passiven Lärmschutzes entlang der Bahnstrecken.

An stark frequentierten Gleisanlagen sind vollautomatische Überwachungsmechanismen zur Kontrolle des Rad-Schiene-Kontaktes/Zugmonitoring zu installieren. Eine preisliche Lenkungsfunktion nach dem Modell der Schweiz soll zukünftig eine stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise ermöglichen. Nicht zuletzt ist die Waren- und Instandhaltungslogistik so zu optimieren, dass eine bessere Auslastung des Waggonbestandes erreicht und veraltete Güterwaggons schneller ersetzt werden können.

Schließlich bekräftigen wir, dass Deutschland mehr tun-

nelgeführte Neubaustrecken benötigt. In diesem Zusammenhang drängen wir darauf, die Kosten-Nutzen-Analyse für die tunnelgeführte Neubaustrecke „Troisdorf/Mainz-Bischofsheim“ möglichst rasch abzuschließen, damit diese vom potentiellen Bedarf in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans höhergestuft werden kann.

Die Forderungen der Parlamentsgruppe Bahnlärm befinden sich derzeit in Abstimmung mit allen beteiligten Akteuren und werden bis zum 30. April 2018 konsolidiert und anschließend in einem Positionspapier zur Veröffentlichung freigegeben.





DOSB-Vorsitzende Veronika Rücker und Dirk Schimmelpfennig

Deutscher Olympischer Sportbund zu Besuch im Sportausschuss

Im Sportausschuss des Deutschen Bundestages haben wir uns diese Woche mit der Reform des Leistungssportes beschäftigt. Dazu haben wir einen Teil des Vorstandes vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) in den Ausschuss nach Berlin eingeladen.

Der DOSB hat gemeinsam mit der Bundesregierung und den Bundesländern die Reform 2016 beschlossen. Da trotz erfolgreicher Winterspiele in Südkorea die Erfolge der letzten Spiele rückläufig waren, möchte der organisierte Sport mit dieser Reform neue Akzente setzen, um auch zukünftig an der Weltspitze vertreten zu sein.

Die Reform stellt die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt. Um an diesen Anspruch anzuknüpfen ist es uns besonders wichtig, dass auch weniger erfolgreiche Sportarten eine Basisunterstützung erhalten, damit sie den Anschluss an die Spitze nicht verlieren und erfolglose Zeiten überbrücken können. Denn die Reform sortiert alle olympischen Disziplinen in drei Gruppen ein,

nach deren Sortierung sich die finanzielle Unterstützung orientiert.

Weiterhin möchten wir erreichen, dass die Athletinnen und Athleten ein besseres finanzielles Einkommen haben – leider verdient nur ein Bruchteil der Sportlerinnen und Sportler so viel wie unsere Fußballer der 1. und 2. Bundesliga. Dazu gehört es auch über eine Konzept zur Absicherung im Alter nachzudenken. Häufig beginnen die Athletinnen und Athleten erst nach dem 30. Lebensjahr mit Beendigung ihrer sportlichen Karriere und mit dem Beginn ihres Berufslebens in die Altersabsicherung einzuzahlen.

Diese und weitere Ideen haben wir in der Sitzung mit dem DOSB besprochen, damit Deutschland auch in Zukunft eine erfolgreiche Sportnation bleibt und sich weiterhin junge Menschen für eine Sportkarriere entscheiden.

*Bericht von Ragnar Polster,
SPD-Fraktion/ Sport*



Bürgersprechstunde

Montag, den 07. Mai 2018
10.00 Uhr - 12.00 Uhr
Bürgerbüro:
Casinostraße 38, 56068 Koblenz
Tel. 0261/97379080

Zur besseren Planung der Bürgersprechstunde und zur Gewährleistung, dass Sie ausreichend Zeit haben, um Ihr Anliegen zu diskutieren, bitte ich um eine kurze Anmeldung und Beschreibung, worum es sich bei Ihren Anliegen handelt.

Vielen Dank!

Praktikum in Berlin

Bericht von Jenny: „Meine unvergessliche Zeit in Berlin“

Hallo, mein Name ist Jenny, ich bin 17 Jahre alt, lebe in der schönen Pfalz und habe die unglaubliche Möglichkeit bekommen, ein 2-wöchiges Praktikum im Deutschen Bundestag in Berlin zu absolvieren.

Der erste Tag beginnt schon sehr aufregend. Ich habe die Möglichkeit erhalten, mit meinen SUPER LIEBEN Kollegen bei dem Koalitionsvertragsabschluss dabei zu sein und erhalte eine persönliche Hausführung. Am nächsten Tag habe ich meinen „Boss“ Detlev Pilger kennengelernt. Er ist total sympathisch, freundlich und offenerherzig. Mit ihm war ich in der SPD-Arbeitsgruppe Umwelt. Ich bin fasziniert, wie solche Tagungen aussehen. Direkt sehr spannend beginnt der Mittwoch mit dem Zusammentreffen im Umweltausschuss, wo viele Tagesordnungspunkte diskutiert werden. Es geht dort sehr temperamentvoll zu. Ein besonderer Termin erwartet mich am Donnerstag: Ich darf an einer Plenarsitzung im Plenarsaal des Bundestages teilnehmen und die Debatten hautnah miterleben. Zum Wochenabschluss ermöglicht mir das tolle Praktikantenprogramm der SPD den Bundesrat zu besichtigen. In der darauffolgenden Woche darf ich zu Beginn mit ande-

ren Praktikanten der Fraktion das Bundeskanzleramt besuchen. Es ist erstaunlich wie prachtvoll und groß das Gebäude ist. Weiterhin absolviere ich an diesem Tag die Praktikanten-Rallye. Ich, als jemand der Sport liebt, habe das große Vergnügen am Dienstag gehabt, bei der Arbeitsgruppe Sport dabei zu sein. Zu Gast sind die DOSB-Vorsitzende Veronika Rücker und Dirk Schimmelpfennig aus dem Bereich Leistungssport. Am Mittwoch besuche ich erneut besuche den Umweltausschuss und erlebe spannende Debatten. Beim Besuch im „Deutschen Dom“ am Gendarmenmarkt in Berlin darf ich beim Planspiel am vorletzten Praktikumstag in einem sehr authentisch nachgebauten Plenarsaal dabei sein.

Der letzte Tag meines Praktikums ist noch einmal sehr schön und entspannt. Meine Kollegen und ich sprechen über die zwei Wochen und tauschen uns aus. Ich bedanke mich bei allen und natürlich im Besonderen bei Detlev Pilger, der mir dieses Praktikum ermöglicht hat.



In der KW 16 hatte ich Besuch
aus meinem Wahlkreis:

Auch wenn die zur Verfügung stehende Zeit oft
leider knapp bemessen ist, ist es doch
einfach schön, auch hier in Berlin persönliche
Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern
aus der Heimat führen zu können.
Wie immer bei uns, kamen die Teilnehmer aus
allen Bereichen meines Wahlkreises!





Bahnlärm muss bis 2020 halbiert werden!

Detlev Pilger, MdB und Mitbegründer einer parteiübergreifenden Parlamentariergruppe gegen Bahnlärm, zeigt sich entsetzt über Aussagen des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU), dass nur bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit die Alternativtrasse für den Güterverkehr im Mittelrheintal von Troisdorf bis Bischofsheim als vordringlicher Bedarf im Bundesverkehrsplan aufsteige.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit von Menschen gestellt werden. Hier geht es um das Überleben einer ganzen Region. Schauen wir uns doch die Orte entlang der Bahntrassen einmal an. Wer zieht denn hierhin, wenn der Nachbar Bahn im Viertelstundentakt sozusagen durchs Wohnzimmer rumpelt“, sagt Detlev Pilger und gibt zu bedenken, dass dies eine sehr einseitige Sichtweise des hessischen Ministerpräsidenten sei. Zudem sieht er auch die Deutsche Bahn weiterhin in der Pflicht, bestehende Waggons umzurüsten.

Schließlich beeinträchtigen der Bahnlärm, die damit verbundenen Erschütterungen und Feinstaub neben der Gesundheit der Anwohner auch deren Eigentum aufgrund sinkender Immobilienpreise und -werte und auch den Tourismus als Wirtschaftszwei einer ganzen Region.

Für ihn steht außer Frage, dass schnellstmöglich Sofortmaßnahmen greifen und die Geräuschemissionen des Bahnverkehr drastisch gesenkt werden müsse – Notfalls auch mit Geschwindigkeitsbegrenzungen für Züge, vor allem bei Ortsdurchfahrten

„Wir haben im Koalitionsvertrag viele Punkte mit Blick auf das Problem Bahnlärm reindiktiert. Jetzt müssen wir diese auch schnellstmöglich umsetzen“, so Pilger weiter.

Hierfür wird Pilger gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen in der Parlamentariergruppe demnächst ein gemeinsames Eckpunktepapier vorstellen, in dem konkrete Maßnahmen benannt und gefordert werden.

Starke Truppe der SPD beim FC Bundestag!

Im Bild: Martin Gerster, Thomas Oppermann, Johannes Schrap, Carsten Träger, Dirk Wiese, Mahmut Özdemir, Christian Petry und Johannes Fechner.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)

Detlev Pilger, MdB

Casinostr. 38
56068 Koblenz

0261/97379080
detlev.pilger.mdb@bundestag.de

Bildquellen

privat, Freepik, unsplash

Redaktion

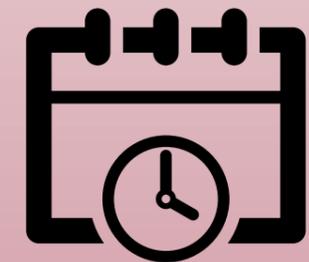
Detlev Pilger, Peter Staudt, Raymond Twiesermann, Marco Nickodemus, Dennis Feldmann, Funda Kilian

Verbreitung:

Wahlkreis 199

Erscheinungstermin:

24. April 2018



Hast du spannende Termine für den Wahlkreis, die jeder kennen muss? Einfach eine kurze Mail an detlev.pilger.mdb@bundestag.de





Der Internationale Bund zu Gast bei SPD im Dialog

Beim Dialog der SPD Koblenz begrüßten Ines Lindemann-Günther, Vorstandsmitglied der SPD Koblenz und Sozialstaatssekretär David Langner, Frau Anja Steuer-Loitsch vom Internationalen Bund e.V. Frau Steuer-Loitsch stellte die bundesweit tätige Organisation IB, einer der großen freien Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit mit ihren Gesellschaften kurz vor. Insgesamt seien rund 14.000 Mitarbeiter/-innen an über 400 Orten im Bundesgebiet tätig. Ihr eigener Zuständigkeitsbereich bezieht sich auf den Betrieb Rhein-Mosel, wo der IB in der Stadt Koblenz, im Westerwald und im Kreis Cochem-Zell mit 120 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen tätig ist. Der IB unterbreitet Angebote im Bereich der beruflichen Bildung und der sozialen Arbeit und ist seit 2017 in Koblenz auch Träger einer Kinderkrippe.

Zurückzuführen sei der Impuls zur Gründung des Internationalen Bundes (IB) unter anderem auf den Künstler Heinrich Hartmann. Geprägt von den Schrecken des Krieges und der Motivation, eine Jugendbewegung zu gründen, um das Flüchtlingselend zu lindern. Ein freiwilliger Hilfsdienst mit Aufbauarbeit unter Beteiligung von Franzosen und Deutschen sollte hier den guten Willen beweisen, sich mit dem eigenen Schicksal auseinanderzusetzen und helfen, die lähmende Resignation zu überwinden. Vielleicht eine Analogie zur heutigen Zeiten, in denen abermals viele Jugendliche, entwürzelt durch Vertreibung und Krieg auf der Flucht sind. Das Gründungsdatum des IB, auf Initiative des großen Sozialdemokraten Carlo Schmid in Tübingen (damals Chef des Landes Württemberg-Hohenzollern), unterstützt von einem Offizier der französischen Militärregierung, ist hingegen erst auf den 11. Januar 1949 zu datieren, womit der IB seinem 70-jährigen Bestehen im kommenden Jahr entgegenseht.

Die Arbeit des IB in Koblenz reicht zurück bis in die 70er Jahre als Berufsbildungsträger mit Werkstätten für Umschulungsmaßnahmen und bot damals wie heute jungen Menschen und auch Erwachsenen die Möglichkeit zur Berufsausbildung, Berufsvor-

bereitung und Qualifizierung. Heute liegt der Fokus verstärkt auf der Zielgruppe der Jugendlichen mit Betreuungs-, Berufsorientierungs- und Ausbildungsangeboten. Hierbei, wie bei allen Angeboten, legt der IB großen Wert auf seine politische und konfessionelle Unabhängigkeit. Eine Herausforderung ist die immer stärker verästelte Landschaft unterschiedlicher Fördermittel- und Projektträger aus EU, Bund und Land. Zwar sei mit der Heraufsetzung der Projektdauer auf fünf Jahre eine bessere Planbarkeit für Träger einhergegangen, daneben habe man es in diesem Betätigungsfeld aber mit einer stetig wachsenden Anzahl von Einrichtungen zu tun, die mit ihren Angeboten auf ähnliche Zielgruppen abheben.

Der IB arbeitet nach dem Regionalprinzip und die Angebote des Internationalen Bundes entsprechend vor Ort spezialisiert. Der Schwerpunkt liegt hier vor allem auf Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Beispielsweise richte sich das Projekt Neustart in Koblenz ganz konkret an Jugendliche im Hartz IV Bezug; Ziel ist es hier, die jungen Leute zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Steuer-Loitsch beobachtet mit Sorge die Selbstverständlichkeit, mit der viele jungen Leute ganz selbstverständlich auf staatliche Unterstützung bauen und ihr Leben nicht selbst in die Hand nehmen. Hier müsse die Gesellschaft sowie die Politik schon frühzeitig, am besten im Kindesalter, ihre Werte und Ziele nachhaltig vermitteln. Daneben konstatiere man eine wachsende Zahl an Schulabgängern ohne Abschluss ebenso wie eine steigende Zahl an Ausbildungsabbrechern. Eine immer stärker werdende Fokussierung auf das Studium als allein zählender Bildungsabschluss, mindere den Wert der Ausbildung in den Augen vieler und verursache solche Phänomene mit. Am Ende beschied Steuer-Loitsch der Stadt Koblenz, ein wichtiger und wertvoller Partner zu sein und formulierte an die Politik den Wunsch, weiter ein wichtiger und offener Partner bei den Belangen der Menschen zu sein, die im Fokus der Arbeit des Internationalen Bundes stünden.